Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20.

Das Riesaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtshauptmannschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postscheckkonto: Dresden 1380 Girokasse Riesa Nr. 52.

№ 18. Sonnabend, 22. Januar 1927, abends. 80. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½7 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorausbezahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionserhöhungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen ist die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 89 mm breite, 3 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 20 Goldpfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Goldpfennige — zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebs der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59.
Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Bekenntnisformel oder Arbeitsprogramm?

In der Geschichte der vielen deutschen Parlamente ist es nicht verzeichnet, daß jemals irgendwo und irgendwann von dieser oder jener Seite einer großen Partei, die den Willen zur positiven und mitverantwortlichen Mitarbeit bekundete, vor ihrem Eintritt in die Regierungskoalition die genau formulierte Ablegung eines Glaubensbekenntnisses abverlangt wurde. So darf immerhin die Reichstagsfraktion des Zentrums für sich den Ruhm beanspruchen, mit einer solchen Novität das Wesen des deutschen Parlamentarismus entschieden bereichert zu haben. Also — die Deutschnationalen sollen sich nach dem Willen der Zentrumsfraktion erklären, wie sie sich zur Verfassung, zur Republik und zur Außenpolitik stellen. Der Wortlaut dieses Bekenntnisses soll dann entscheidend sein, ob das Zentrum sich bereit finden kann, in eine verantwortliche Zusammenarbeit mit der großen Rechtspartei einzuwilligen oder nicht. Wenn man auch durchaus gewillt ist, dieser Vorsichtsmaßnahme des Zentrums, in Anbetracht der politischen Zerklüftung in seinen Reihen, das größte Verständnis entgegen zu setzen, so kann man sich doch nicht ganz die Frage versagen: Ist dieses von den Deutschnationalen geforderte Bekenntnis wirklich notwendig? Haben denn nicht die Deutschnationalen bereits durch die Uebernahme der Verantwortung für frühere Regierungen zu erkennen gegeben, daß sie die Weimarer Verfassung als geltende Verfassungsstruktur des Reiches ansehen? Daß sie durch Mitarbeit im Sinne dieser Verfassung auch die von ihr geschützte Republik als zur Zeit geltende Staatsform betrachten? Haben sie nicht durch den Mund ihrer Parteiführer, durch offizielle und nicht offizielle Auslassungen bekundet, daß sie nach dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund auf die hierdurch geschaffene Grundlage der gegebenen Tatsachen stellten? Sind diese Taten und Bekundungen der Deutschnationalen keine Bekenntnisse? Bekenntnisse zu einer loyalen Bereitschaft zur Mitarbeit und zu einer loyalen Einstellung zur geltenden Verfassung? Allerdings haben die Deutschnationalen nie ein Hehl daraus gemacht, daß manches in dieser Verfassung nicht ihren Beifall finden kann. Aber mit der gleichen Offenheit und Bestimmtheit haben sie wiederholt ausdrücklich betont, daß sie nicht daran denken, durch Gewalt oder illegale, mit der Verfassung nicht in Einklang zu bringende Mittel zu versuchen, das Weimarer Gesetzwerk zu verändern. Und prüfe sich einmal jede der so „verfassungstreuen" Parteien auf Herz und Nieren nach, ob nicht in ihren Reihen so manches Empfinden vorzufinden ist, das zum mindesten nicht ganz ohne Kritik an der Weimarer Verfassung vorübergeht. Wir konnten uns niemals davon überzeugen, daß jemals das Zentrum vor einem Eintritt in die Linksregierung von den Sozialdemokraten ein Bekenntnis zur kapitalistischen Gesellschaftsordnung oder zu den christlich-nationalen Grundlagen des Staates verlangt hat. Wohlweislich vielleicht. Aber schließlich, was dem einen recht ist, müßte auch dem andern billig sein, sollte man meinen.

Unseres Erachtens wäre zur Klärung der Frage, ob ein Zusammenarbeiten zwischen Deutschnationalen und Zentrum möglich ist, die Gewißheit Voraussetzung, ob ein gemeinsames Arbeitsprogramm aufgestellt werden kann. Denn schließlich **soll eine Regierung nicht ihren Wertmesser in der Art ihrer Einstellung zu gewissen Bekenntnisformeln finden, sondern in dem Grad der produktiven Leistungen, die sie zum Nutzen des Gesamt-Vaterlandes, zum Nutzen der wirtschaftlichen Kraft des Staates und des Wohlstandes des Volkes vollbringt. Das Arbeitsprogramm ist das wichtigste und primäre.** Womit jedoch nicht gesagt zu sein braucht, daß grundsätzliche Bekenntnisformeln, wie das Zentrum sie jetzt von den Deutschnationalen verlangt, die Möglichkeit einer großen bürgerlichen Mehrheitskoalition zerschlagen müssen. Es kommt nur auf die Formulierung dieser Fragen an. Oder vielmehr auf die Absicht, mit der sie zusammengestellt wird. Bekennt sich die Zentrumsfraktion aus innerster Ueberzeugung zu der Möglichkeit eines Zusammenarbeitens mit rechts, dann können die Bedingungen des verlangten „Glaubensbekenntnisses" nicht so sein, daß sie einer Ablehnung anheimzufallen brauchen. Sieht jedoch die Mehrheit der Zentrumsfraktion aus parteitaktischen und sachlichen Gründen die Möglichkeit eines Zusammenarbeitens mit den Rechten als nicht gegeben an, so wird man anzunehmen haben, daß diese Grundstimmung die Formulierung der Bekenntnisformeln in einer Weise beeinflußt, die ihre Ablehnung von vornherein festlegt. Demnach wird man erst dann davon überzeugen können, ob das Zentrum tatsächlich bereit ist, dem Appell des Reichspräsidenten Folge zu leisten, wenn die Fragen, die sie an die Deutschnationalen stellen wollen, der Oeffentlichkeit übermittelt sind.

Das internationale Schuldenproblem.

gu. **Berlin.** Der amerikanische Botschafter in London, Houghton, kehrt nach längerem Urlaub auf seinen Posten zurück. An gutunterrichteter Stelle verlautet, daß der Botschafter von seiner Regierung die Aufgabe erhalten habe, das Schuldenproblem in Europa ins Rollen zu bringen, um die allgemeine Finanzlage, an der alle Völker ein dringendes Interesse haben, zu klären. Zwischen der Londoner und der amerikanischen Regierung besteht über die Rückzahlung der Kriegsschulden ein gewisses Einvernehmen. Anders ist es mit Frankreich, das sich bisher immer noch nicht entschließen konnte, den französisch-amerikanischen Schuldenvertrag zu unterzeichnen. Deshalb hat jedoch eine eingehende Aussprache über die Schuldenfrage den Fachmann ergeben, daß unterrichtete Kreise mit Aufnahmeverhandlungen internationaler Schuldenverhandlungen, die notwendigerweise auch Deutschland durch die Lasten des Dawesplanes hineinziehen wird, im Gange sein.

Einer Lösung der Regierungskrise entgegen.

Dr. Marx nimmt den Auftrag zur Regierungsbildung an.

Berlin. (Funkspruch.) (Amtlich.) **Reichskanzler Dr. Marx begab sich heute vormittag zum Herrn Reichspräsidenten, berichtete über den gestrigen Beschluß der Zentrumsfraktion und erklärte, daß er im Sinne dieses Beschlusses den Auftrag des Herrn Reichspräsidenten zur Regierungsbildung übernehme.**

•

Die Zentrumsfraktion ermächtigt Dr. Marx zur Bildung des bürgerlichen Kabinetts.

vdz. **Berlin.** Die Zentrumsfraktion des Reichstags und ihr Vorstand waren den ganzen Freitag über damit beschäftigt, den Weg freizumachen, auf dem Dr. Marx den ihm vom Reichspräsidenten gewordenen Auftrag zur Bildung eines Kabinetts der bürgerlichen Parteien erfüllen kann. Schon am Donnerstag war eine Redaktionskommission beauftragt worden, das Programm auszuarbeiten, dessen Anerkennung das Zentrum von den Parteien fordert, mit denen es gemeinsam eine Regierung bilden will. Selbstverständlich handelt es sich dabei vor allem um die **deutschnationale Volkspartei, die nunmehr aus einer Oppositionspartei zu einer Regierungspartei werden soll.** So erklärt es sich, daß das Zentrumsmanifest, das von der Redaktionskommission ausgearbeitet und in später Abendstunde von der Fraktionssitzung angenommen wurde, in erster Linie jene Fragen behandelt, in denen bisher Gegensätze zwischen Zentrum und Deutschnationalen bestanden, die Fragen der Staatsform, der Außenpolitik und der Sozialpolitik.

In dem sehr ausführlichen **Manifest** bekennt sich das Zentrum zunächst zum Weimarer Verfassungswerk und zur republikanischen Staatsform. Es heißt da: „**Es gibt für uns keine andere staatliche Wirklichkeit als die der deutschen Republik mit ihren Symbolen. Auch für die fernere Zukunft ist sie der allein hoffnungsvolle Weg.**"

Dann wird die **Reichswehr als eine Staatsnotwendigkeit bezeichnet,** die unbedingt erhalten werden muß. Dann wird gesagt: „Heute gilt es, gewisse Befürchtungen wegzuräumen, als ob die Reichswehr nur bestimmten politischen Gruppen dienstbar wäre. Unsere Reichswehr darf weder einer Partei, noch irgendeiner Klasse noch irgendwelchen sonstigen Machtgruppen dienen. Sie gehört dem in der deutschen Republik geeinten Volk. Die Rekrutierungsfrage muß in einer Form gelöst werden, die den wahrhaft verfassungstreuen Söhnen unseres Volkes Zugang zu diesem Waffendienst ermöglicht."

Zur **Außenpolitik** wird die Notwendigkeit betont, daß die Beziehungen Deutschlands zu den Völkern der Welt sich in einem Geiste der Vertragstreue, des Verständigungswillens, der loyalen Mitarbeit in den Einrichtungen der Völkersolidarität sich vollziehen. Als Mitglied des Völkerbundes müsse die deutsche Politik so eingerichtet werden, daß sie der Gemeinschaft der Nationen angehören sei. Das Wesen der eigenen deutschen Nation solle deshalb nicht verdunkelt werden. Jede deutsche Politik werde mit den Methoden der neuen Politik auf eine möglichst baldige endgültige Räumung des Rheinlandes hinarbeiten müssen. Das Zentrum stehe zu den in London und Genf eingegangenen internationalen Verpflichtungen und sehe in der Rechtsgültigkeit der Verträge von Locarno die wesentliche Voraussetzung jeder Erfolg verheißenden Außenpolitik. Die nächste Aufgabe der deutsch-französischen Verständigung werde nur gelingen, wenn beide Teile im Geiste europäischer Solidarität den Machtgedanken zurückstellen.

In einem besonderen sozialpolitischen **Programm** wird ausgeführt, **die staatliche Sozialpolitik müsse sich zur sozialen Staatspolitik ausweiten.** Die einzelnen Forderungen des Programms entsprechen im wesentlichen denen der Christlichen Gewerkschaften. Die rechtliche Gleichstellung des Arbeitnehmers mit dem Arbeitgeber müsse durchgeführt werden auch in den öffentlich-rechtlichen Berufsvertretungen. **Besondere Aufmerksamkeit sei der Fürsorge für die Kriegsbeschädigten, Kriegerhinterbliebenen, Kleinrentner und Sozialrentner und Erwerbslosen zu widmen.** Eine wichtige wirtschaftspolitische Aufgabe sei die **schrittweise Beseitigung der Wohnungszwangswirtschaft,** verbunden mit Steigerung des Wohnungsbaues, der Bekämpfung des Mieterschutzes und des Ausgleichs der Mieterhöhung durch entsprechende Löhne und Gehälter.

Das Ergebnis der Fraktionssitzung war folgender Beschluß: „Die Zentrumsfraktion erklärt sich mit der vorgelegten Erklärung einverstanden und stellt fest, daß damit Herrn Dr. Marx der Zugang zu Verhandlungen eröffnet ist."

Der Beschluß wurde einstimmig gefaßt.

•

Die Deutschnationalen zu dem Zentrumsprogramm.

Berlin. (Funkspruch.) Wie das Nachrichtenbüro des Vereins Deutscher Zeitungsverleger aus parlamentarischen Kreisen hört, **betrachten die Deutschnationalen die gestern vom Zentrum aufgestellten Richtlinien lediglich als ein Parteiprogramm der Zentrumspartei.** Sie erwarten, daß **Reichskanzler Dr. Marx** nunmehr seine Verhandlungen mit einem **eigenen** Programm aufnehmen wird. Sie sehen deshalb vorläufig keinen Anlaß, sich mit den vom Zentrum aufgestellten Richtlinien, die nur ein Parteiprogramm bedeuten, eingehend zu beschäftigen.

•

Fraktionssitzung der Deutschnationalen.

Berlin. (Funkspruch.) Die **Deutschnationale Reichstagsfraktion** trat heute vormittag 10 Uhr zu einer Sitzung zusammen, in der sie sich mit dem gestrigen **Beschluß des Zentrums** beschäftigte.

Außerdem ist bisher für heute nur eine **Sitzung der demokratischen Fraktion** vorgesehen, die heute nachmittag nach dem Plenum zusammentritt.

•

Zu dem Zentrumsmanifest.

Berlin. **Das Zentrumsprogramm wird von den deutschnationalen Zeitungen als eine geeignete Grundlage für Verhandlungen mit der Deutschnationalen Volkspartei angesehen.**

Seine politische Bedeutung, so schreibt die **Kreuzzeitung,** beruht darin, daß damit endlich die Stagnation dank der Initiative des Reichspräsidenten überwunden ist. Bei gegenseitigem guten Willen sehen wir keine unübersteiglichen Hindernisse, um eine Plattform zu finden, die eine dem Wunsche des Reichspräsidenten entsprechende Mehrheitsregierung zu tragen imstande ist. — Die **Deutsche Tageszeitung** schreibt: wenn in der Erklärung des Zentrums einleitend gesagt wird, daß sie den Zugang zu Verhandlungen für Dr. Marx eröffnen solle, so können grundlegende Bedenken, die in diesem Sinne aufzufassen, kaum geltend gemacht werden. — Die **Deutsche Allgemeine Zeitung** hofft, daß die jetzt beginnenden Verhandlungen allseits in einer Art geführt werden, daß sie das deutsche Volk die Vorgänge der letzten Krisenwochen vergessen machen. — In der **Täglichen Rundschau** heißt es: Das gesamte sozialpolitische Programm dürfte zwischen dem Zentrum und den Deutschnationalen zu großen Auseinandersetzungen kaum Anlaß geben. Auch die Kundgebung enthält in ihrem politischen Teil keine Formulierung, die auf Seiten der Deutschnationalen einem „Nein" begegnen wird. — Die Germania, so schreibt das Berliner Zentrumsorgan, hat in freimütiger Kritik gewisser Vorkommnisse dieser Tage nicht zurückgehalten. Umso unbedenklicher werden wir es anerkennen, wenn die Entwicklung, die die Dinge im weiteren Verlaufe nehmen werden, dennoch zu einem annehmbaren Auswege aus der Sackgasse führt, in der die Deutsche Politik festsitzt. — Die **„Germania"** dementiert eine Zeitungsmeldung, wonach Nuntius Pacelli auf die Stellungnahme des Zentrums in den letzten Tagen Einfluß genommen haben soll. — Die **Vossische Zeitung** bemerkt: Bei den Verhandlungen mit den Deutschnationalen wird es ganz darauf ankommen, von welchem politischen Willen sie geleitet werden. — Der **„Vorwärts"** führt aus: Vor den Verhandlungen wird es abhängen, ob der lange Monolog des Zentrums endet mit einer dramatischen Katastrophe oder mit einem undramatischen Hinsinken des Zentrums von der Mitte nach der Rechten, wo es Seite an Seite mit den „bürgerlichen Parteien" den politischen und soziale Kampf gegen die Arbeiterschaft, gegen seine eigenen Arbeite führen müßte.

Frankreich fordert neue Garantien.

gu. **Berlin.** Die Entwicklung des Machtkampfes im französischen Kabinett wird in Berlin mit großem Interesse verfolgt, da von dem endgültigen Ausgang die Verhandlungen über eine frühere Rheinlandräumung abhängen werden. Wir hören von gutunterrichteter Seite, daß die Nachrichten der deutschen Botschaft aus Paris nicht mehr so pessimistisch sind wie noch in den letzten Tagen. **Herrn von Hoesch ist versichert worden, daß man sich in Paris der Diskussion über die Rheinlandräumung nicht entziehen würde. Man erwarte vielmehr deutsche Vorschläge, die neue Gegenleistungen Deutschlands politischer oder wirtschaftlicher Art für die frühere Zurückziehung der Besatzungstruppen enthalten sollen.** Die Arbeiten des ministeriellen Ausschusses, dem der Reichsaußenminister, der Reichsfinanzminister und der Reichswirtschaftsminister angehörte, werden voraussichtlich zu der Aufstellung eines neuen Programmes nur teilweise verwendet werden können, da eine finanzielle Unterstützung Frankreichs durch Deutschland mit der Begebung der Eisenbahnobligationen nicht mehr in Frage kommt. Die Initiative für die Verhandlungen wird in Paris wahrscheinlich Deutschland vollkommen überlassen. Es verlautet, daß der Reichsaußenminister das Programm in den großen Zügen schon fertiggestellt hat, und daß ein der ersten Amtshandlungen des neuen Kabinettes darin bestehen dürfte, das Verhandlungsprogramm zu akzep

Glückwunsch des Reichspräsidenten an Dr. Schacht.

Berlin. Der Herr Reichspräsident hat dem Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht, der am Freitag außerhalb Berlins seinen 50. Geburtstag beging, telegraphisch seine herzlichsten Glückwünsche übermittelt.